



Medienmitteilung und Einladung zur Einreichungsaktion DRG-Petition

Sperrfrist: Dienstag, 1. Dezember 2009, 08:30h

**Fallkostenpauschalen:
28'000 Gesundheitsfachleute erheben Einspruch**

Einladung zur Einreichung der DRG-Petition „Es braucht flankierende Massnahmen für PatientInnen und Personal“:

Dienstag, 1. Dezember 2009, 08.45 Uhr: Übergabe der Petition an den Bundesrat an der Taubengasse 16

Die Aktion eignet sich auch für Fotos.

Bislang schien es so, als verlaufe die Umstellung der Spitalfinanzierung auf die Fallkostenpauschalen (DRG) plangemäss. Doch nun erheben 28'000 Berufsleute aus dem Gesundheitswesen Einspruch. Sie befürchten eine Verschlechterung der Versorgungssicherheit sowie mehr Stress und schlechtere Arbeitsbedingungen für das Personal, und fordern deshalb flankierende Massnahmen.

Die geplante Umstellung der Spitalfinanzierung auf DRG per 1.1.2012 wirft ihre Schatten voraus. Im Kanton Zug drohten bereits letztes Jahr deutliche Lohnreduktionen und die Kündigung des Gesamtarbeitsvertrages. In den Spitälern des Kantons Solothurn werden gegenwärtig 150 Stellen gestrichen und im Kanton Bern sollen im Spitalnetz Bern ebenfalls 70 Stellen abgebaut werden. Daneben findet vielerorts ein schleichender Personalabbau statt und damit eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. In all diesen Fällen wird auf die anstehende neue Spitalfinanzierung verwiesen. „Die Strukturanpassungen dürfen aber nicht zu Lasten des Personals und der Patienten erfolgen“, sagt Rosmarie Glauser, Politische Sekretärin des Verbandes der Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte VSAO. Es brauche deshalb flankierende Massnahmen.

Die Spitäler sollen sich künftig am schweizweit billigsten Spital orientieren müssen. Erhalten die Spitäler in den städtischen Agglomerationen aber nur noch gleich viel Geld für ihre Leistungen wie die Spitäler in Randregionen, werden viele versuchen, die Personalkosten massiv zu senken, da diese gut 70% der Spitalkosten Personalkosten ausmachen. Das bedeutet: Stellen streichen, keine neuen Berufsleute mehr ausbilden, Löhne senken, dem Gesundheitspersonal noch mehr Flexibilität abverlangen. Berufsgruppen wie die Physiotherapie, die Ergotherapie oder die Ernährungsberatung befürchten gar, dass sie vollständig aus den Spitälern verbannt werden und – wenn überhaupt – die Leistungen von extern bezogen werden. "Die PatientInnen werden Schwierigkeiten bekommen, die notwendigen Therapien rechtzeitig im Spital zu erhalten. Das kann den Heilungsprozess gefährden und verzögern", sagt Judith Marti vom ErgotherapeutInnen-Verband Schweiz.

Flankierende Massnahmen sind deshalb unerlässlich. Das finden 28'000 Berufsleute sowie sämtliche massgebenden Berufs- und Personalverbände des Gesundheitswesens. Mit der heute in Bern eingereichten Petition fordern sie, dass die neuen, DRG-basierten Spitaltarife an folgende Bedingungen gekoppelt werden. Erstens müssen die Personaletats genügend hoch sein, um eine gute Versorgung der Patientinnen und Patienten sicherzustellen. Zweitens sind die orts- und branchenüblichen Löhne zu respektieren. Drittens müssen sich die Spitäler ausreichend an der Aus- und Weiterbildung von Lehrlingen und Fachleuten beteiligen. Viertens muss die Begleitforschung spätestens ein Jahr vor der Einführung der neuen DRG beginnen. Und fünftens müsse man selbst die Einhaltung der minimalen gesetzlichen Schutzbestimmungen - in einem Rechtsstaat eigentlich eine Selbstverständlichkeit - leider noch einmal aktiv einfordern, sagt Karin Thomas, Präsidentin des beim VPOD organisierten Gesundheitspersonals.

15 Personal- und Berufsverbände im Gesundheitswesens haben heute die Petitionsunterschriften beim Bundesrat deponiert. "Wir erwarten von Bundesrat Burkhalter, dass er uns rasch zu einem ersten Gespräch empfängt", sagt Elsbeth Wandeler, Geschäftsführerin des Berufsverbandes der Pflegefachleute SBK. Ein erstes Treffen zwischen einer Vertretung der Verbände und Pierre-Yves Maillard, dem Präsidenten der GDK (Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren) hat bereits stattgefunden. Die Patientenorganisationen und die FMH haben sich mit den Anliegen der Petition solidarisch erklärt.

Für Auskünfte stehen zur Verfügung:

Rosmarie Glauser, Politische Sekretärin VSAO, 079 688 86 57, glouser@vsao.ch

Lucien, Portenier, SBK-Geschäftsstelle Schweiz, 077 416 34 94, lucien.portenier@sbk-asi.ch

Beat Ringger, VPOD-Zentralsekretär, 079 339 87 76, beat.ringger@vpod-ssp.ch